

LANDESZEITUNG

FÜR DIE LÜNEBURGER HEIDE

www.landeszeitung.de

www.lzsport.de

Freitag, 1. Februar 2008

NIEDERSÄCHSISCHES TAGEBLATT

63. Jahrgang · Nr. 27 · Euro 0,80



Viele Bürger waren mit der Arbeit der Regierung und des Ministerpräsidenten Christian Wulff (!) zufrieden. Zudem gab es keine Anzeichen einer Wechselstimmung, sagt Wahlforscher Prof. Dr. Ulrich Eith. Daher sei die niedrige Wahlbeteiligung schon fast zwangsläufig gewesen. In Hessen hingegen polarisierte Roland Koch. Dies führte zu einer hohen Wahlbeteiligung. Fotos: dpa



„Die niedrige Wahlbeteiligung ist kein Anzeichen für eine Krise“

Prof. Dr. Ulrich Eith spricht von zwangsläufigem Ergebnis in Niedersachsen – Schwierige Konstellation in Hessen

Die Linke ist bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen erstmals in die Parlamente westdeutscher Flächenländer eingezogen. Doch das bedeutet noch keine Etablierung eines Fünf-Parteien-Systems in Deutschland, sagt der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Eith in einem Gespräch mit unserer Zeitung. Die extrem niedrige Wahlbeteiligung in Niedersachsen ist seiner Ansicht nach zwangsläufig gewesen und kein Anzeichen einer Krise.

► Hat sich die Kraft links von der SPD in Deutschland etabliert oder wird es nur eine vorübergehende Erscheinung sein?

Prof. Dr. Ulrich Eith: Das lässt sich heute noch nicht sagen. Derzeit gibt es aber ein Protestpotenzial in Deutschland. Und die Linke schafft es momentan, die vorhandenen Ängste und Unsicherheiten vor Arbeitslosigkeit, vor Hartz IV und einem möglichen sozialen Abstieg zu bündeln und in Wählerstimmen umzusetzen. Dies bedeutet aber noch keine Etablierung.

► Führt letztlich die Globalisierung, die viele Gewinner, aber noch mehr Verlierer hat, zu dieser Sehnsucht nach mehr Staat, mehr Fürsorge und mehr sozialer Gerechtigkeit?

Eith: Die Globalisierung ist für viele eine sehr abstrakte Sache. Klar ist aber, dass wir in den vergangenen Jahren einen Prozess des wirtschaftlichen Umbruchs durchgemacht haben, der reale Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg freigesetzt hat. Diese Ängste gilt es aufzunehmen. Doch gerade die SPD unter Schröder hat es nicht verstanden, den Menschen in den unteren Mittelschichten ausreichend deutlich zu machen und zu demonstrieren, dass sie auch weiterhin die verlässliche Anwälte der kleinen Leute sein will.

► Wird denn die SPD nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen einen end-

gültigen Schlussstrich unter die Ära Schröder und dessen Agenda 2010 ziehen?

Eith: In der Politik gibt es nie endgültige Entscheidungen. In der Tat aber ist sich die SPD derzeit bewusst, dass sie diese Ängste in Wählergruppen, die auch für die SPD ansprechbar sind, aufgreifen muss, Lösungen anbieten und Vertrauen zurückgewinnen muss.

► Das Buhlen links von der Mitte hat auch die Union erfasst. Erwarten sie auch hier einen Kurswechsel?

Eith: Eine gewisse Kurskorrektur ist ja schon lange eingeleitet. Die Volksparteien sind darauf angewiesen, auch Wähler in den unteren Mittelschichten zu gewinnen. Beide, Union und SPD, müssen darauf Rücksicht nehmen. Auf der sozialen Skala haben wir in den vergangenen Jahren eine Polarisierung zwischen oben und unten erlebt. Hier muss jetzt ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Nach meinem Eindruck sehen beide Parteien das sehr deutlich.

► Wie dürften sich die Wahlergebnisse auf die Arbeit der Großen Koalition in Berlin auswirken?

Eith: Da erwarte ich momentan keine ernsthaften Konsequenzen. Auf der einen Seite sind die Berufspolitiker routinierter genug, um Wahlkampf von Tagespolitik zu trennen, dies wird schon deutlich im Verhältnis von Kauder und Struck. Auf der anderen Seite haben die beiden großen Parteien keine Erfolg versprechende Perspektive, die Große Koalition zu verlassen.

► Ist denn insgesamt die Zeit der großen Volksparteien und der absoluten Mehrheiten vorbei?

Eith: Absolute Mehrheiten haben wir in der Bundesrepublik ohnehin nur sehr selten gehabt. Aber CDU und SPD müssen in der Tat kämpfen, um weiter große Volksparteien zu bleiben. Derzeit ist es aber Realität, dass ein Fünf-Partei-



Politiker und Wähler werden sich an Dreier-Bündnisse gewöhnen müssen, sagt Prof. Dr. Ulrich Eith. Foto: nh

en-System möglich ist. Dies führt zu völlig veränderten politischen Rahmenbedingungen, als wir sie bisher kannten.

► Ist dieses sich abzeichnende Fünf-Parteien-System der Einstieg in italienische Verhältnisse mit immer schwierigeren Regierungsbildungen?

Eith: Man muss dies nicht mit italienischen Verhältnissen gleichsetzen. Diese Problematik gibt es auch in anderen europäischen Ländern. Klar ist aber, dass das einfache Lagerdenken, das bisher unseren politischen Wettbewerb strukturiert hat, so nicht mehr funktioniert. Wir werden immer häufiger in die Situation kommen, dass wir die Alternative zwischen der großen Koalition einerseits und neuen Dreier-Bündnissen andererseits haben werden. Die Parteispitzen, aber auch die Wählerinnen und Wähler werden sich daran gewöhnen müssen.

► In Hessen steht eine extrem schwierige Regierungsbildung bevor. Warum lehnt die FDP eine Ampel-Koalition so strikt ab?

Eith: Die FDP hat in ihrer Geschichte schon Verschiedenes ausprobiert. Als Partner der CDU auf Bundesebene, dann als Partner der SPD auf Bundesebene. Später gab es die Phase des Spähwahlkampfes unter Guido Westerwelle mit der Ausrufung des Kanzlerkandidaten. Derzeit verspricht sich

Westerwelle den größeren Erfolg, wenn er strikt an der Seite der CDU bleibt. Und da möchte er nicht als Umfaller gelten. Ich denke aber, Liberale und Grüne sind angesichts der neuen Konstellationen gut beraten, sich zukünftig nicht vollständig an eine der großen Parteien zu binden.

► Wagen sie eine Prognose in Hessen? Lläuft es auf eine große Koalition ohne Koch hinaus?

Eith: Das ist eines der möglichen Szenarien. Absehbar ist dies im Moment aber noch nicht. Eigentlich kann es nicht im Interesse der SPD liegen, als Juniorpartner in eine große Koalition zu gehen. Aber die Situation ist außerordentlich schwierig. Es wird letztlich vom Geschick der Parteispitzen abhängen, wie sie mit dem Wahlergebnis umgehen.

► Von den Parteien zu den Wählern: Seit den 1960er-Jahren sinkt die Beteiligung an Landtagswahlen kontinuierlich. Welche Ursachen hat das Ihrer Meinung nach?

Eith: Zunächst ist festzustellen, dass die Wahlbeteiligung bei einer Polarisierung der beiden großen Volksparteien, bei dem Deutlichwerden von Alternativen keineswegs sinkt...

► ... so wie jetzt in Hessen...

Eith: ... Ja, in Hessen hatten wir eine ganz ordentliche Wahlbeteiligung. Grundsätzlich gibt

es mehrere Gründe für niedrige Wahlbeteiligungen: Die Wahlnormen werden nicht mehr als so verpflichtend angesehen wie noch vor 20 oder 30 Jahren. Wahlnorm meint, dass man zur Wahl geht, um einem demokratischen Bürgerbild zu entsprechen. Heute nehmen sich aber Bürger auch die Freiheit, nicht zur Wahl zu gehen – dies ist ein entscheidender Punkt. Darüber hinaus kann die Nichtwahl Protest und Entfremdung zur bisher favorisierten Partei signalisieren. Sie kann umgekehrt aber auch eine Zufriedenheit mit den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen ausdrücken. Beides ist möglich, da muss man schon genau hinschauen.

► Gibt es denn noch andere Mittel gegen Wahlmüdigkeit als polarisierende Wahlkämpfe?

Eith: Natürlich ist es mitscheidend, dass es wirklich um etwas geht, dass Richtungsentscheidungen anstehen, dass es echte Alternativen gibt, damit die Bereitschaft steigt, zur Wahl zu gehen.

Aber anhand des niedersächsischen Beispiels kann man nun überhaupt nicht davon sprechen, dass die niedrige Wahlbeteiligung ein Desaster für die Demokratie wäre. Wir haben einen Wahlkampf erlebt, in den Herr Wulff auf einer Woge der Zustimmung ins Ziel gelangen wollte. In dieser Situation war es aus seiner Sicht völlig verständlich, dass er eher einen Demobilisierungs-Wahlkampf führte, dass er nicht zuspitzte, nicht polarisierte – zumal der Gegner SPD nicht zur Polarisierung fähig war. Wenn dann hinzu kommt, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit der Regierung und des Ministerpräsidenten zufrieden sind und es keine Anzeichen einer Wechselstimmung gibt, ist eine niedrige Wahlbeteiligung schon fast zwangsläufig und kein Anzeichen für eine Krise.

► Niedrige Wahlbeteiligungen sind also nicht eine Gefahr für die Demokratie?

Eith: Ob es eine Gefahr ist, sieht man nicht allein an der

Höhe der Wahlbeteiligung. Die Schweiz und die USA sind stabile Demokratien mit konstant niedriger Wahlbeteiligung. Es kommt darauf an, in welcher politischen Situation die Wahlbeteiligung niedrig ist. Man muss weitere Indikatoren anschauen: Wie hoch sind die Zustimmungswerte und die Zufriedenheitswerte, wie hoch sind die Protest- und die Unzufriedenheitswerte?

► Hängt die Wahlmüdigkeit auch damit zusammen, dass Politiker am Ende der Beliebtheitskala stehen, dass es immer weniger Politiker-Persönlichkeiten gibt?

Eith: Das ist ein immer wiederkehrendes Thema. Aber die geringe Beliebtheit von Politikern ist schon seit Jahrzehnten zu beobachten. Insofern ist die nicht der ausschlaggebende Punkt. Politiker sind wichtig aber noch wichtiger sind glaubwürdige Positionierungen und vor allem inhaltliche Alternativen.

Das Interview führt Werner Kolb



Zur Person

Prof. Dr. Ulrich Eith, Jahrgang 1960, hat Politikwissenschaft, Mathematik und Soziologie studiert, habilitierte 2006. Als Wahlforscher und Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg analysiert er seit 15 Jahren das Wählerverhalten, berät Politiker und Parteien und engagiert sich zudem auch in der politischen Bildung. Zur Zeit lehrt er für ein Jahr Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.